

NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung der Gemeindevertretung am 10.12.2018

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.28 Uhr

TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. a) Bericht des Vorsitzenden
b) Bericht des Gemeindevorstandes
3. Bezug von Erdgas über die KEAM GmbH unter der Kündigung bestehender Verträge
4. Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots im Gemeindegebiet
5. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2019 mit allen Anlagen
6. Grundstücksangelegenheiten
7. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Vorsitzender Kreck eröffnete die siebzehnte Sitzung der Vertretungskörperschaft in der laufenden Wahlperiode um 18.00 Uhr. Im Rahmen dessen begrüßte er die zur Sitzung erschienenen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sowie Bürgermeister Thomas und die ehrenamtlichen Mitglieder des Gemeindevorstandes. Darüber hinaus hieß er auch die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Mitarbeiter der Verwaltung und einen anwesenden Berichterstatter der heimischen Tagespresse zur Sitzung willkommen.

Danach wurde die Anwesenheit von zunächst 21 Mitgliedern der Gemeindevertretung und somit die Beschlussfähigkeit des Gremiums festgestellt. Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen sei. Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Für die aus Anlass seiner Abwesenheit in den letzten beiden Zusammenkünften der Vertretungskörperschaft als Vertreter ausgeübte Sitzungsleitung sprach Vorsitzender Kreck dem Gemeindevertreter Aurand seinen Dank aus.

2. a) Bericht des Vorsitzenden

2a1) Niederschrift über die Sitzung vom 12.11.2018

Vorsitzender Kreck teilte mit, dass innerhalb der laut Geschäftsordnung dafür vorgesehenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 12.11.2018 zu verzeichnen gewesen seien. Im Rahmen einer formalen Beschlussfassung, bestätigten die Mitglieder der Vertretungskörperschaft sodann nochmals einstimmig deren Annahme.

- 2a2) Anzeige bestehender Interessenwiderstreite
Mit Bezugnahme auf eine dies betreffende Aussprache in der Sitzung des Ältestenrates am 14.05.2018, wurden die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter dazu angehalten, bei den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung vorab erkennbare Interessenwiderstreite nach § 25 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) anzuzeigen.

2. b) Bericht des Gemeindevorstandes

Namens des Gemeindevorstandes berichtete Bürgermeister Thomas wie folgt:

- 2b1) Durchführung von mobilen Geschwindigkeitsmessungen
Nach erfolgter Ausschreibung, habe der Gemeindevorstand den Auftrag zur mietweisen Überlassung der für die Durchführung von mobilen Geschwindigkeitsmessungen in den beiden Jahren 2019 und 2020 nötigen Messtechnik an ein auf derartige Dienstleistungen spezialisiertes Unternehmen vergeben. Die damit verbundenen Kosten wurden mit rund 10.000,00 EURO (brutto) jährlich angegeben.
- 2b2) Neubau der Kindertagesstätte im OT Ritterhausen
Auf Anfrage des Kirchenvorstandes der Evangelischen Kirchengemeinde Ewersbach, habe der Gemeindevorstand einer vorübergehenden, den Zeitraum mehrerer Wochen umfassenden Nutzung des „Rudolf-Loh-Centers“ durch die Kindertagesstätte „Sonnenschein“ im OT Ritterhausen zugestimmt. Dies sei für die Dauer der voraussichtlich im April 2019 stattfindenden Arbeiten zum Abriss des bis dahin noch als Betreuungseinrichtung bestehenden Gebäudeteiles und zur Ausführung von Umbaumaßnahmen der Innenräume des kirchlichen Gemeindehauses zum Behelfskindergarten erforderlich.
- 2b3) Erschließung des Baugebietes „Gispel“ im OT Ewersbach
In dem laufenden Verfahren der Baulandumlegung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gispel“, OT Ewersbach, sei ein in Siegen ansässiges Fachbüro mit der Erarbeitung einer Erschließungsplanung beauftragt worden. Im Rahmen der darauf bezogenen Ausschreibung sei dieses Büro mit einem Preis von rund 78.000,00 EURO (brutto) als mindestfordernder Anbieter aufgetreten.
- 2b4) Besuch von Gästen aus der japanischen Partnerstadt „Shimotsuke“ in 2019
Wie bereits im vorlaufenden Sitzungsblock angekündigt, konkretisiere sich nun die Absicht der „Shimotsuke International Association“, der Gemeinde Dietzhölztal in der Zeit vom 15.04. bis 18.04.2019 einen Besuch abzustatten. Im Hinblick darauf, seien die entsprechenden Vorbereitungen bereits angelaufen. Im Rahmen dessen werde zudem noch nach Gastgebern gesucht, die bereit seien, einen oder mehrere der japanischen Gäste für drei Übernachtungen bei sich aufzunehmen.
- 2b5) Klage gegen die Festsetzungen des kommunalen Finanzausgleiches
Bei einer am 14.11.2018 erfolgten Anhörung vor dem Hessischen Staatsgerichtshof in Wiesbaden, sei die Gemeinde Dietzhölztal durch Herrn Bürgermeister Thomas und den bei der Stadt Dillenburg beschäftigten Magistratsoberrat Reiner Pulfrich im Hinblick auf die von ihr, im Verbund mit weiteren Städten und Gemeinden, angestrebte Klage gegen die Neufestsetzungen des kommunalen Finanzausgleichs vertreten worden. Wie in der rund siebenstündigen Verhandlung deutlich geworden sei, habe die

Landesregierung bei der von ihr vorgenommenen Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen des Finanzausgleiches zwar die wesentlichen Eckpunkte des sog. „Alsfeld-Urteiles“ aus dem Jahre 2013 beachtet, in Anwendung der Vorgaben jedoch verschiedene unbestimmte Rechtsbegriffe offensichtlich nicht auf finanzwissenschaftlicher Basis und damit nach allgemein anerkannten Regeln umgesetzt.

Genannt wurden in diesem Zusammenhang die „Bedarfsermittlung pro Kommune“ und der „Metropolzuschlag“ für die Stadt Frankfurt am Main. Ob dies allerdings dazu führe, dass der Staatsgerichtshof in seiner auf den 16.01.2019 terminierten Urteilsverkündung das Gesetz ganz oder teilweise für ungültig erkläre, sei gegenwärtig noch völlig offen. Infolgedessen stehe auch noch nicht fest, ob sich aufgrund der Klage rückwirkend oder für die Zukunft eine finanzielle Verbesserung für die Gemeinde Dietzhölztal ergeben werde.

2b6) Lob der Kommunalaufsicht für geleistete Jahresabschlussarbeiten

Im Verlaufe der zurückliegenden Woche seien Mitarbeiter der Kommunal- und Finanzaufsicht des Lahn-Dill-Kreises im Rathaus zugegen gewesen. Anlässlich dessen sei den in der Finanzabteilung und der Bauabteilung tätigen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern ein großes Lob für deren tüchtigen Einsatz bei den Aufholarbeiten zur Erstellung der Jahresabschlüsse und die gute Zusammenarbeit ausgesprochen worden. Ergänzend sei ferner darauf hingewiesen worden, dass im Zuge der rechtlich geforderten Neubewertung des örtlichen Kanalsystems erhebliche Arbeitsstunden in der Bauabteilung angefallen und zunächst noch weiter abzuleisten seien. Während für die Eröffnungsbilanz des Jahres 2008 eine zusammengefasste Summe als Wert für die Entwässerungseinrichtungen angegeben worden sei, müsse nun für jede der rund 1.500 vorhandenen Haltungen eine gesonderte und einzeln nachvollziehbare Wertermittlung stattfinden. Infolge dieser nachzuziehenden Arbeiten, seien ebenfalls erhebliche Kapazitäten in der Verwaltung gebunden.

2b7) Neubau der Brücke in der „Hallstraße“, OT Ewersbach

Nach der Durchführung eines auf die Neuerrichtung des Brückenbauwerkes in der Ewersbacher „Hallstraße“ bezogenen Ausschreibungsverfahrens, habe der Gemeindevorstand den Auftrag über weitere Planungsleistungen sowie die im Hinblick auf eine behördliche Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung erforderlichen Vorarbeiten an ein Fachbüro aus dem benachbarten Siegerland vergeben. Wie dazu angegeben wurde, belaufe sich die Auftragssumme auf rd. 62.000,00 EURO. Darüber hinaus seien aufgrund der beabsichtigten Maßnahme bislang schon Kosten in Höhe von ca. 32.000,00 EURO entstanden. An den Beginn der Arbeiten in den Monaten März oder April 2019, werde sich eine voraussichtlich sechsmonatige Bauphase anschließen.

Zu dem Bericht des Gemeindevorstandes wurden keine Nachfragen gestellt.

3. Bezug von Erdgas über die KEAM GmbH unter der Kündigung bestehender Verträge

Auf die den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern mit der Einladung zur Sitzung übersandte Beschlussvorlage wurde mit Aufruf des Tagesordnungspunktes hingewiesen.

Wie sodann über die in der Angelegenheit erfolgten Vorbefassungen des Haupt- und Finanzausschuss und des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften berichtet wurde, werde der Vertretungskörperschaft von beiden Gremien ein Anbieterwechsel unter Berücksichtigung des unlängst erfolgten Beitritts zu der eine Einkaufsgemeinschaft bildenden KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH empfohlen.

Wortmeldungen in der Angelegenheit waren nicht zu verzeichnen.

In ihrer Beschlussfassung sprachen sich die Mitglieder der Gemeindevertretung einstimmig dafür aus, die gegenwärtig noch mit der E.ON Mitte Vertrieb GmbH bestehenden Verträge über Erdgaslieferungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und den entsprechenden Energiebezug künftig über die KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH zu decken.

4. Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots im Gemeindegebiet

Auf die den Mitgliedern der Gemeindevertretung mit der Einladung zur Sitzung vorab übersandte Beschlussvorlage über die Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots innerhalb des Gemeindegebietes wurde hingewiesen.

In seiner Berichterstattung über das Ergebnis der am 03.12.2018 durch den Haupt- und Finanzausschusses in der Sache erfolgten Vorbefassung, teilte Ausschussvorsitzender J. Kovarik mit, dass der Gemeindevertretung mehrheitlich empfohlen werde, von einer Realisierung der infrastrukturellen Maßnahme über das Förderprogramm „Digitale Dorflinde“ des Landes Hessen abzusehen.

Wie Gemeindevertreter Braun, in seiner Eigenschaft als vorsitzendes Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften, sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales, Gemeindevertreter Kai-Uwe Pfeifer, sodann gleichlautend berichteten, werde durch die beiden Gremien – in jeweils einstimmiger Beschlussfassung – ebenfalls eine Umsetzung des Projekts unter den vorliegenden Gegebenheiten abgelehnt.

Mit seinen Ausführungen auch an die im Raum anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer gewandt, erläuterte Bürgermeister Thomas nachfolgend, dass es sich bei dem unter der Bezeichnung „Digitale Dorflinde“ geführten Infrastrukturprojekt um eine Maßnahme handele, mittels derer das Land Hessen die Einrichtung frei zugänglicher Einwahlmöglichkeiten von mobilen Endgeräten in das Internet fördere. Ersten Berechnungen zufolge, sei für eine Erstinstallation an zehn vorausgewählten Standorten im Gemeindegebiet eine Investitionssumme in Höhe von insgesamt ca. 25.000,00 EURO aufzuwenden. Im Gegenzug sei eine Förderung von bis zu 10.000,00 EURO im sog. „Windhundverfahren“ ausgelobt. In die Betrachtungen einzubeziehen seien auch die mit einem Betrag in Höhe von jährlich mehr als 5.000,00 EURO anzusetzenden Folgekosten, ausgelöst durch die mit einem Netzbetreiber abzuschließenden Bereitstellungsverträge. Von Seiten des Gemeindevorstandes werde daher vorgeschlagen, beginnend im Jahre 2019 an den bereits mit einem Brandbandanschluss versehenen Standorten zusätzliche WLAN-Router mit eigenen Mitteln zu installieren und die weitergehende Umsetzung sodann in einem sinnvollen Maß und Umfang im Laufe der Zeit vorzunehmen.

Mit dem Hinweis darauf, dass in der Erörterung des Haupt- und Finanzausschusses noch einige der dort aufgeworfenen Sachfragen ungeklärt geblieben seien, schlug Fraktionsvorsitzender C. Schüler (SPD) vor, eine abschließende Entscheidung der Gemeindevertretung über den Gegenstand vorerst nochmals zurück zu stellen, bis die nähere Ermittlung der entsprechenden Details abgeschlossen sei.

Gemeindevertreter Scholl regte an, die in touristischer Hinsicht attraktiven Örtlichkeiten innerhalb des Gemeindegebietes Naturfreibad „Stauweiher“ und Freizeitanlage „Hammerweiher“ in die Standortauswahl aufzunehmen.

Fraktionsvorsitzender J. Kovarik (CDU) legte dar, dass in der vorangegangenen Befassung des Haupt- und Finanzausschusses deutlich geworden sei, dass die Thematik nicht gänzlich verworfen werde. Vielmehr werde, unter dem Eindruck der preislichen Bedingungen, eine zunächst lediglich punktuelle Einrichtung von WLAN-Zugängen befürwortet. Signalisiert wurde demzufolge die Bereitschaft der CDU-Fraktion dazu, die Angelegenheit im Geschäftsgang zu belassen und dies zu nutzen, um finanzielle Alternativen hinsichtlich der Umsetzung ausfindig zu machen.

In ihrer abschließenden Abstimmung sprachen sich die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter nachfolgend einstimmig dafür aus, die Angelegenheit der Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots im Geschäftsgang zu belassen und diese zu gegebener Zeit erneut in ihrer Beratung durch die verschiedenen Gremien aufzugreifen. Bestandteil der Beschlussfassung war überdies eine Beibehaltung der bereits im Entwurf des Haushaltsplanes 2019 für die Maßnahme veranschlagten Positionen.

5. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2019 mit allen Anlagen

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes wies Vorsitzender Kreck zunächst auf den in der 16. Sitzung der Gemeindevertretung vom 12.11.2018 eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 und deren Anlagen hin.

Mit einigen Hinweisen zur Geschäftsordnung, eröffnete er sodann die darauf bezogene Aussprache und erteilte zunächst den Ausschussvorsitzenden das Wort zur Berichterstattung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss teilte sodann dessen vorsitzendes Mitglied J. Kovarik mit, dass die Annahme des am 03.12.2018 beratenen Ergebnis- und Finanzhaushaltes, des Investitionsprogramms und des Stellenplans einstimmig empfohlen werde. Erörtert und beschlossen habe der Ausschuss darüber hinaus Änderungsempfehlungen bei den folgenden Haushaltspositionen:

- Investitionsprogramm – Invest 099.03-003 10.000,00 EUR
Anbringung eines Sperrvermerks für die Einrichtung einer Bürgerstiftung.
- Investitionsprogramm – Invest 115.01-004 9.000,00 EUR
Anbringung eines Sperrvermerks für die Anschaffung von Tablets zur Ausstattung der Gemeindevertreter und Mitglieder des Gemeindevorstandes.

Die unter finanziellen Aspekten zudem erfolgte Beschlussfassung über die Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots im Rahmen des durch das Land Hessen aufgelegten Förderprogramms „Digitale Dorflinde“ habe sich dagegen bereits mit der unter TOP 4 in der laufenden Sitzung getroffenen Entscheidung der Gemeindevertretung erledigt.

Aus der den Haushalt 2019 betreffenden Vorbefassung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften berichtete daraufhin dessen Vorsitzender Braun, dass die in der Sitzung am 04.12.2018 beratenen Teilergebnis- und Finanzhaushalte sowie das Investitionsprogramm und der Stellenplan einstimmig zur Annahme empfohlen worden seien. Obsolet geworden seien hier ebenfalls die eine Einführung freier WLAN-Zugänge betreffenden Änderungsvorschläge. Aufgefallen bei der Ausschussberatung sei insbesondere, dass im Produkt 213 (Sachkonto 7128000) des Ergebnishaushaltes ein lediglich angenommener Zuschuss in den Bereich der Kindertagesstätten in Höhe von

1.663.000,00 EURO veranschlagt werden müsse, da die Kirchenverwaltung bis dato nicht in der Lage gewesen sei, eine verlässliche Finanzplanung für das Jahr 2019 vorzulegen.

In seiner Berichterstattung über das Ergebnis der am 05.12.2018 durch den Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales erfolgten Beratungen des Ergebnis- und Finanzhaushaltes teilte Ausschussvorsitzender Kai-Uwe Pfeifer mit, dass der Gemeindevertretung hinsichtlich dieser beiden Bestandteile des Haushaltsplanes eine ebenso einstimmige Beschlussempfehlung unterbreitet werden könne, wie bezüglich des Investitionsprogrammes.

In der sich hieran anschließenden Debatte ging Gemeindevertreter C. Schüler für die unter seinem Vorsitz stehende SPD-Fraktion zunächst auf die in § 2 der Haushaltssatzung ausgewiesene Kreditaufnahme ein, die mit 2.133.200,00 EURO veranschlagt und somit um rd. 800.000,00 EURO gegenüber dem Ansatz des laufenden Jahres gestiegen sei. Als bemerkenswert sei ferner die Anpassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte auf sodann 365 v. H. zu bezeichnen, woraus ein Ertrag von insgesamt 13.200.000,00 EURO, zugleich aber auch eine erhebliche Mehrbelastung des ortsansässigen Gewerbes resultiere. Augenfällig sei daneben die mit einem abzuführenden Gesamtbetrag von 7.428.000,00 EURO leicht rückläufige Kreis- und Schulumlage. Aus dem Zahlenwerk des Haushaltsplanes besonders herausgestellt wurde ferner die von der Gemeinde Dietzhölztal im Zuge des kommunalen Finanzausgleiches aufzubringende und in ihrer weiteren Entwicklung kaum absehbare Solidaritätsumlage mit einer gegenwärtigen Höhe von rd. 1,8 Mio. EURO.

Auf einem guten Wege sehe man dagegen den mit einem erneuten Investitionszuschuss im Haushalt abgebildeten Neubau der Kindertagesstätte im OT Rittershausen. Erwähnung fanden in diesem Zusammenhang zudem die auf einen Betrag in Höhe von nunmehr 1,663 Mio. EURO in den zurückliegenden Jahren stetig gestiegenen Zuschüsse zur Finanzierung des laufenden Betriebes der in sämtlichen Ortsteilen vorhandenen Kindertagesstätten. Ungeachtet dieser Entwicklung, werde man sich aber auch weiterhin für eine auf das Bildungsangebot der Kindertagesbetreuung bezogene Freistellung von zu entrichtenden Elternbeiträgen einsetzen. Eine gute Unterstützung der in Dietzhölztal lebenden Kinder und Jugendlichen, unter Rückgriff auf finanzielle Mittel der Kommune, werde überdies in weiteren sozialen Einrichtungen geleistet, wie z. B. das Netzwerk Jugend, die pädagogische Mittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe an der Jung-Stilling-Schule und im Jugendtreff „Just“ sowie durch die Sozialarbeit an der Holderbergschule.

Eine mit 270.500,00 EURO erhebliche Aufwandsposition nehme nun regelmäßig ferner die an den Zweckverband „Mittelpunktschwimmbad Dietzhölztal“ zu zahlende Umlage ein, deren Erhöhung auf einen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FWG am 14.12.2015 gefassten Mehrheitsbeschluss zurückzuführen sei. Weiterhin ausstehend seien allerdings die damals angekündigten Hinweise zur Gegenfinanzierung. Dank gelte an dieser Stelle den Mitgliedern des Fördervereins „Freizeitbad Panoramablick“ e. V. für deren auch in finanzieller Hinsicht hohes Engagement zum Erhalt des Schwimmbades.

Erfragt wurde außerdem der aktuelle Sachstand, nachdem die CDU-Fraktion bereits in der Sitzung der Gemeindevertretung am 18.12.2017 ihre Absicht mitgeteilt habe, einen eigenständigen Entwurf der damals vor dem Hintergrund von Einnahmeverbesserungen beratenen Änderung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung vorlegen zu wollen.

Unter Bezugnahme auf die von der Fraktion der Freien Wähler beantragte und durch die Gemeindevertretung am 23.03.2015 daraufhin mit breitem Konsens beauftragte Prüfung der Umstellung auf einen elektronischen Versand der an die Mandatsträger gerichteten Einladungen und Sitzungsunterlagen, erkundigte sich Fraktionsvorsitzender C. Schüler

(SPD) ebenfalls nach dem gegenwärtigen Stand. Unverständnis äußerte er über das in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zum Ausdruck gebrachte Abstimmungsverhalten der FWG, wonach diese nun offensichtlich die Einrichtung eines die Anschaffung der dafür benötigten Hardware betreffenden Sperrvermerks befürwortete. Wie unter Rückgriff auf die entsprechenden Zahlen des vorliegenden Haushaltsplanes angegeben wurde, belaufe sich der Stand der Verbindlichkeiten zum 31.12.2019 auf einen Betrag von 5.263.335,69 EURO, womit sich dieser innerhalb eines zweijährigen Zeitraumes mehr als verdoppeln werde. Angeregt wurde daher eine bislang noch nicht ausreichend erfolgte Einbeziehung der zur Unterstützung des Gemeindevorstandes eingerichteten Haushaltsstrukturkommission.

Grundsätzlich lasse es der vorgelegte Haushalt, wie dies bereits im letzten Jahr der Fall gewesen sei, an einer kreativen Handschrift vermissen. Insofern biete dieser lediglich eine recht einseitige Belastung für die heimische Wirtschaft sowie einen knappen Überschuss innerhalb des Ergebnishaushaltes von 8.100,00 EURO.

Aufgrund dessen werde die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushalt für das Haushaltsjahr 2019 ihre Ablehnung erteilen.

Einen abschließenden Dank richtete Fraktionsvorsitzender C. Schüler an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, die Bürgerinnen und Bürger für deren sachliche und konstruktive Rückmeldungen, und allen in der Gemeinde Dietzhölztal in vielfältiger Weise ehrenamtlich Aktiven.

Als weiteres ergriff Gemeindevertreter J. Kovarik, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU-Fraktion, das Wort. Hierbei ging dieser zunächst nochmals auf das Haushaltsjahr 2018 ein, hinsichtlich dessen sich bereits anlässlich der vor ziemlich genau einem Jahr erfolgten Beratungen des Haushaltsplanentwurfes eine Unterdeckung von rd. 1,4 Mio EURO abgezeichnet habe. Im Zuge des Haushaltsvollzuges sei dieses Defizit dann sogar auf ca. 2,5 Mio. EURO angewachsen. Die Ergebnisverschlechterung sei hauptsächlich auf den Rückgang von Steuern, steuerähnlichen Erträgen und Erträgen aus gesetzlichen Umlagen in einer Größenordnung in Höhe von insgesamt voraussichtlich 1,7 Mio. EURO zurückzuführen. Aufgrund einer sparsamen Haushaltsführung, werde der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen gleichzeitig um ca. 0,5 Mio. EURO niedriger ausfallen als zunächst angenommen, was allerdings nicht ausreiche, um die genannten Ertragsausfälle zu kompensieren.

Das Haushaltsergebnis des im Entwurf vorliegenden Haushaltes 2019 sei im ordentlichen Ergebnis mit 10.100,00 EURO geplant und der Finanzaushalt weise einen positiven Saldo von 673.000,00 EURO aus. Zur Finanzierung der geplanten Investitionen werde daneben eine Neukreditaufnahme von 2.133.200,00 EURO erforderlich.

Die Aufwendungen 2019 seien mit insgesamt 20,34 Mio. EURO veranschlagt, wobei eine Aufteilung in die folgenden Kostenblöcke, mit dem ausgewiesenen Anteil am Volumen des Gesamthaushaltes möglich werde:

▪ Personalaufwendungen	2,56 Mio. EURO	13 v. H.
▪ Umlagen	11,54 Mio. EURO	57 v. H.
▪ Abschreibungen und Zuweisungen und Zuschüsse und sonstige Aufwendungen	1,25 Mio. EURO 2,73 Mio. EURO 2,14 Mio. EURO	30 v. H.

Der kommunale Gestaltungsspielraum beschränke sich im Wesentlichen auf die sonstigen Aufwendungen. Hier seien Kostensenkungsmaßnahmen einzuleiten. Was die bei den Zuweisungen und Zuschüssen enthaltenen Aufwendungen für die Kindertagesstätten in Höhe von 1,66 Mio. EURO anbelange, sehe man es ebenfalls als überaus ärgerlich an, dass von der kirchlichen Regionalverwaltung wiederholt keine verbindlichen Zahlen vorgelegt worden seien. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen seien im Vergleich zu 2018 um 5,3 v. H. geringer angesetzt, was kein einmaliger Effekt bleiben dürfe, sondern im Sinne einer dauerhaft sparsamen Mittelbewirtschaftung weiterhin unter Beobachtung zu halten sei. Da in einigen Bereichen – erwähnt wurden u. a. die zahlreichen Dorfgemeinschaftshäuser – gleichwohl noch sehr viel Geld ausgegeben werde, gelte es, dort nachhaltige Einsparmaßnahmen anzustoßen und umzusetzen. Elementar sei überdies die flächendeckende Einführung interner Leistungsverrechnungen, welches sodann zur kostendeckenden Neufestsetzung von Abgaben führen könne, wie dies im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesen beabsichtigt sei.

Wie weiter ausgeführt wurde, weise der Haushalt Gesamterträge in Höhe von 20,45 Mio. EURO aus, was eine Steigerung um 700.000,00 EURO gegenüber dem Vorjahr bedeute. Als wichtigste Ertragsarten wurden in diesem Zusammenhang die Gewerbesteuer, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, einschließlich Familienleistungsausgleich, der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte aufgezählt.

Herausgestellt wurde, dass die Erträge aus der Wasserversorgung nicht ausreichend bemessen seien, um die durch diese Aufgabe verursachten Kosten zu decken. Infolgedessen weise der entsprechende Gebührenhaushalt eine Unterdeckung in Höhe von 51.700,00 EURO aus. Ähnliches liege bei dem Gebührenhaushalt der Entwässerung vor, wengleich die Unterdeckung hier sogar 222.000,00 EURO betrage.

Angesprochen wurde ferner der Bereich notwendiger Investitionen, in welchem ein erheblicher Rückstau in Höhe von insgesamt 18 - 20 Mio. EURO festzustellen sei. In Anbetracht der für das Jahr 2019 beabsichtigten Investitionsmaßnahmen in Höhe von 2,33 Mio. EURO und den in Vorjahren diesbezüglich verausgabten Mitteln, sei dies umso signifikanter. Im Haushalt des laufenden Jahres seien die investiven Maßnahmen mit 1,63 Mio. EURO veranschlagt, wobei sich der Betrag der tatsächlichen Ausgaben zum Stichtag 30.09.2018 dagegen auf lediglich 566.000,00 EURO belaufen habe. Dies zeige die Erforderlichkeit auf, auch hier Einnahmeverbesserungen herbeizuführen.

Wie die Kommunal- und Finanzaufsicht des Lahn-Dill-Kreises der Gemeinde Dietzhölztal bereits mehrfach bescheinigt habe, liege deren eigentliches Problem bei den Einnahmen. Unerlässlich sei daher eine zielgerichtete und konsequente Fortsetzung der auf eine weitere Haushaltskonsolidierung ausgerichteten Bemühungen. Dabei biete die bestehende Haushaltsstrukturkommission dem Gemeindevorstand und der Verwaltung jegliche Unterstützung bei der Erarbeitung möglicher Maßnahmen auf der Einnahmewie auch der Ausgabeseite an.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2019 entspreche den bei seiner Aufstellung zu beachtenden Grundsätzen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sowie der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Auch die CDU-Fraktion danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die in hervorragender Kooperation mit der Stadt Dillenburg erfolgte Erarbeitung der Zahlen.

Erwähnung fanden abschließend nochmals die infolge der Ausschussberatungen empfohlenen Änderungen des Investitionshaushaltes, wonach bei der Einrichtung einer Bürgerstiftung (Invest 099.03-003) und der Anschaffung von Tablets für die Mandatsträger (Invest 115.01-004) jeweils ein Sperrvermerk angebracht werden solle. Wie im Entwurf des Haushaltsplanes ursprünglich vorgesehen, bleibe es darüber hinaus nun bei einer unveränderten Veranschlagung der Ansätze für die Einrichtung von WLAN-Hotspots im Gemeindegebiet.

Auf dieser Grundlage bitte die CDU-Fraktion alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter darum, dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2019 insgesamt und in seinen einzelnen Bestandteilen die Zustimmung zu erteilen.

Bürgermeister Thomas wies hinsichtlich der in den Redebeiträgen angesprochenen Thematik der Erhebung kostendeckender Gebühren und Beiträge darauf hin, dass die Hessische Gemeindeordnung (HGO) dies betreffende Vorgaben enthalte. Zudem werde die Gemeinde Dietzhölztal von den Aufsichtsbehörden immer wieder zu einer dem entsprechenden Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen angehalten.

Die Haushaltsstrukturkommission sei vornehmlich gegründet worden, um im Falle einer defizitären Haushaltslage handlungsfähig zu sein. Den in finanzieller Hinsicht nun enger gefassten gesetzlichen Regelungen zufolge, müsse die Vorlage eines nicht ausgeglichenen Haushaltes von der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes begleitet werden. Unabhängig davon, sei die inhaltliche Ausarbeitung einer weiteren Sitzung derzeit in Vorbereitung. Darüber hinaus bedeute die Aufstellung der in den vergangenen Jahren noch nicht vollends abgearbeiteten Jahresabschlüsse sowie die zu erbringenden Vorleistungen im Hinblick auf die Einführung einer getrennten Abwassergebühr einen immensen Aufwand, den die Verwaltung zu erbringen habe.

Aufgeworfen wurde überdies die Frage, wie die vorgesehene Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 v. H. zu vermeiden sei. Von den damit zu erwartenden Erträgen verbleibe der Gemeinde Dietzhölztal, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage, noch ein Betrag von ca. 300.000,00 EURO. Der im Haushalt 2019 ausgewiesene Überschuss von sehr geringen 8.100,00 EURO verdeutliche, dass sämtliche Alternativen zu dessen anderweitiger Finanzierung bereits ausgereizt seien. Zurückzuführen sei dies nicht etwa auf hausgemachte Probleme, sondern in erster Linie auf von außen auf die Gemeinde einwirkende Zwänge, wie beispielsweise die schon erwähnte Solidaritätsumlage. Daneben verhindere das der kommunalen Ebene übergestülpte Korsett zunehmend enger werdender Vorschriften die unter Umständen vor Jahren noch gegebenen Möglichkeiten einer kreativen Haushaltsführung. Nicht vorhanden seien ferner die liquiden Mittel, welche man für eine Umsetzung weiterer Investitionen benötige. Bezüglich der zur Finanzierung grundsätzlich heranziehbarer Investitionskredite sehe man sich ebenso immer restriktiveren Bestimmungen gegenüber. Insofern handele es sich bei den durch das Gremium des Gemeindevorstandes unterbreiteten Vorschlägen ausschließlich um nicht mehr aufschiebbare Maßnahmen.

Gemeindevertreter Scholl (SPD) konstatierte ebenfalls, dass überwiegend äußere Zwänge für die gegenwärtige Haushaltslage der Gemeinde Dietzhölztal verantwortlich zu machen seien. Gleichwohl seien in diesem Zusammenhang aber auch mehrheitliche Entscheidungen der Gemeindevertretung mit ihren negativen Auswirkungen auf die finanzielle Situation zu nennen.

Mit Blick auf die Gewerbesteuer sei es nun erstmals so, dass der diesbezüglich vorgesehene Hebesatz die entsprechenden Festsetzungen der Stadt Haiger übersteige, ohne dass Dietzhölztal hingegen mit vergleichbar günstigen Voraussetzungen bei der Verkehrsanbindung aufwarten könne.

Die Haushaltsstrukturkommission wurde als ein Instrument bezeichnet, das durchaus auch unabhängig von konkreten Verwaltungsvorlagen einsetzbar sei. So sei es im Rahmen dieses Gremiums u. a. möglich, eine zunächst einmal schon grundlegende Verständigung bei den Thematiken der Straßenbeiträge und Neugestaltung der Friedhofsgebühren herbeizuführen. Von Interesse seien auch weiterhin Angaben zu der seinerzeit innerhalb des Haushaltsplanes ausfindig gemachten Refinanzierung der mit Beschluss vom 14.12.2015 erhöhten Umlagezahlungen an den Zweckverband „Mittelpunktschwimmbad Dietzhölztal“.

In seinen den Redebeitrag abschließenden Worten, bedankte sich Gemeindevertreter Scholl bei den Kolleginnen und Kollegen der Gemeindevertretung, Herrn Bürgermeister Thomas und den übrigen Mitgliedern des Gemeindevorstandes. Seinen ausdrücklichen Dank für die tatkräftige Umsetzung der durch die Gemeindevertretung gefassten Beschlüsse richtete er darüber hinaus an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und des Gemeindebauhofes.

In der Sache befürwortend, griffen Vorsitzender Kreck und der Vorsitzende der CDU-Fraktion J. Kovarik sodann ebenso nochmals den Vorschlag auf, die als Hilfsorgan des Gemeindevorstandes eingerichtete Haushaltsstrukturkommission auch unabhängig von haushaltswirtschaftlichen Zwängen sowie unter Verzicht auf die Vorgaben einer allzu dezidierten Tagesordnung einzuberufen.

Weitere Wortmeldungen waren nicht zu verzeichnen.

Die durch den Vorsitzenden Kreck hierzu aufgerufene Gemeindevertretung trat daher in die nachstehend aufgeführten Beschlussfassungen über die Änderungsanträge der Ausschüsse ein:

- Investitionsprogramm – Invest 099.03-003 10.000,00 EUR
Anbringung eines Sperrvermerks für die von der Gemeinde Dietzhölztal zu erbringende Einlage bei der Einrichtung einer Bürgerstiftung.
Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Annahme
(bei 13 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen)

- Investitionsprogramm – Invest 115.01-004 9.000,00 EUR
Anbringung eines Sperrvermerks für die Anschaffung von Tablets zur Ausstattung der Gemeindevertreter und Mitglieder des Gemeindevorstandes, hinsichtlich einer Digitalisierung des Sitzungsdienstes.
Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Annahme
(bei 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen)

In weiteren Abstimmungen wurden danach die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019, der Ergebnishaushalt, der Finanzhaushalt, das Investitionsprogramm und der Stellenplan mehrheitlich – jeweils 13 Ja-Stimmen, bei 9 Gegenstimmen – angenommen.

Im Verlaufe der Abstimmungen hatte sich die zuvor nicht anwesende Gemeindevertreterin Theis im Sitzungsraum eingefunden.

6. Grundstücksangelegenheiten

Grundstücksangelegenheiten zur Beratung und Entscheidung lagen nicht vor.

7. Verschiedenes

Nachdem keine anderweitigen Wortmeldungen zu verzeichnen waren, ging Vorsitzender Kreck in einem kurzen Rückblick nochmals auf die kommunalpolitischen Begebenheiten des Jahres 2018 ein. Wie hierbei angegeben wurde, sei dies, neben den in der Gemeindevertretung geführten Debatten, insbesondere auch durch einen erheblichen Einbruch bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer geprägt gewesen, welcher das ohnehin bereits vorhandene Finanzdefizit deutlich erhöht und eine Inanspruchnahme noch vorhandener Rücklagen erforderlich gemacht habe. Kein einfaches und demzufolge bemerkenswertes Jahr sei 2018 ferner auch deshalb gewesen, weil die erfolgte Landtagswahl ein niederschmetterndes Ergebnis für die etablierten Volksparteien mit sich gebracht habe. Umso mehr gelte es für die auf kommunaler Ebene tätigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, sich davon nicht entmutigen zu lassen und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber aufzuzeigen, dass die mit einem hohen ehrenamtlichen Engagement verbundene und nach bestem Wissen und Gewissen abzuleistende Arbeit sich ausschließlich an den Sachfragen des örtlichen Gemeinwesens ausrichte.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen, falle der Ausblick auf das kommende Jahr 2019 zwiegespalten aus, da wiederum nicht absehbar sei, was die Gemeinde Dietzhölztal mit den von ihr innerhalb des Haushaltsplanes veranschlagten Einnahmen tatsächlich erwarte.

Als wesentliches kommunalpolitisches Ereignis stehe eine Bürgermeisterwahl an.

Hingewiesen wurde ferner auf die im Gemeindegebiet bereits begonnenen und noch bevorstehenden Investitionen, wie den mit erheblichen Zuschussanteilen der Gemeinde Dietzhölztal versehenen Neubau der Kindertagesstätte im OT Rittershausen.

Erneut werde man sich daher in Politik und Verwaltung auch 2019 wieder in die Grundlagen wichtiger Entscheidungen einzuarbeiten und diese mit Sorgfalt und Augenmaß zu treffen haben. Dies gelte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weiter voranzutreibenden Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr und bezüglich der Straßenbeiträge.

Worte des Dankes für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr adressierte Vorsitzender Kreck an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und des Bauhofes, den Gemeindevorstand, die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen sowie die Mitglieder der gesamten Gemeindevertretung.

Mit den besten Wünschen für eine gesegnete und ruhige Weihnachtszeit sowie einen guten Rutsch in das neue Jahr 2019, erklärte er die Sitzung sodann um 19.28 Uhr für beendet. Verbunden wurde dies mit der an die Anwesenden gerichteten Einladung zu einem geselligen Abschluss in der „Rathausstube“.

gez. Kreck, Vorsitzender
gez. Speck, Schriftführer